

1. Friedenskonferenz der Vereinigten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di

Hamburg, 16. September 2021

Am 16.09.2021 fand im altherwürdigen Hamburger Besenbinderhof (DGB) die erste bundesweite Friedenskonferenz der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di statt. Fast 7 Stunden saßen rund 100 ver.di-Kolleg:innen (hybrid) zusammen, um sich Vorträge anzuhören, sie zu diskutieren und sich im Anschluss an das Plenum in vier Workshops in die drängenden Fragen von „Krieg & Frieden“ zu vertiefen. Ihre Arbeitsergebnisse stellten sie im Abschlussplenum vor, um sie mit den beiden Hauptreferent:innen zu diskutieren und Anregungen für eine am Folgetag geplante Politalkrunde des ver.di – Vorsitzenden Frank Werneke mit den im Bundestag vertretenen demokratischen Parteien zu geben.

Das Konferenzmotto lautete „Friedenspolitik in Zeiten von Klimawandel und Aufrüstung – Gewerkschaftliche Perspektiven und politische Anforderungen“. Die Hamburger Friedenskonferenz hat eine längere Vorgeschichte: Der letzte Bundeskongress (2019) beschäftigte sich – nicht zum ersten Mal – sehr intensiv mit der Friedensfrage. Der vom Bundesvorstand vorgelegte gute Antrag „Für Frieden und Abrüstung“ (E135) konnte durch mehrere Änderungsanträge konkretisiert und „geschärft“ werden. Er stellt die Grundlage für friedenspolitische Stellungnahmen und Bündnisaktivitäten (z. B. in der Initiative „Abrüsten statt Aufrüsten!“) von ver.di dar. Noch während des Kongresses gründeten friedensbewegte Kolleg:innen ein „ver.di-internes Friedensnetzwerk“. In diesem Netzwerk tauschen sich Kolleg:innen und Kollegen aus allen Regionen über ihre Ideen, Vorhaben und Aktivitäten zu Verstärkung der gewerkschaftlichen Friedensarbeit aus. Dabei geht es nicht nur um die gewerkschaftliche Beteiligung an den Aktionen der Friedensbewegung, wie die Ostermärsche, das Hiroshimagedenken oder den Antikriegstag, sondern auch um die Implementierung der Forderung nach Abrüstung, Beendigung von Rüstungsexporten und Auslandseinsätzen der Bundeswehr ins gewerkschaftliche „Alltagsgeschäft“, also in sozialpolitische Kämpfe und insbesondere auch in Tarifauseinandersetzungen, wenn es um die Frage der Finanzierbarkeit aus den öffentlichen Haushalten bzw. um die Umwidmung von kriegsbezüglichen in zivile Arbeitsplätze (Konversion) geht.

Mit der seit Herbst 2020 geplanten und von zwei hauptamtlichen (Bundesverwaltung) und je einem ehrenamtlichen Funktionär aus den Landesbezirken Hamburg und Nord (MV, SH) vorbereiteten „organisationsoffenen Friedenskonferenz“ ist ver.di hier ein gutes Stück (wenn auch nur ein kleines) weitergekommen.

Lühr Henken, Sprecher des Bundesarbeitsausschuss Friedensratschlag (BAF), zeigte in seinem Hauptreferat die Dimensionen der gegenwärtigen Aufrüstung der NATO-Staaten (insbesondere der BRD!) auf, die man nur als „gigantisch“ bezeichnen kann. Wenn das 2 %-Ziel der NATO – wie von AKK angekündigt – bis 2031 erreicht sein soll, wären das 92 Mrd. Euro: Ein „Massengrab“ der finanziellen Ressourcen, die doch dringendst für die sozialökologische Transformation gebraucht werden. Ein Massengrab aber auch für die Menschen, die an den Folgen

der weltweiten Aufrüstung, möglicherweise sogar in einem neuen Weltkrieg, zu Grunde gehen werden. Den aktuellen Rüstungsausgaben Russlands und seiner Verbündeten von 60,6 Mrd. US-Dollar stehen 1.106 Mrd. US-Dollar der USA und seiner NATO-Verbündeten gegenüber. „Und damit will Russland die NATO angreifen? Das ist absurd. Russland ist konventionell in der Defensive. Es verteidigt sich gegen die NATO-Übermacht vor allem dadurch, dass es seine nukleare Zweitschlagkapazität im Rahmen der Obergrenzen strategischer Trägersysteme und Sprengköpfe gemäß dem NEW START-Vertrag mit den USA modernisiert und dabei auch neue Waffentechniken wie Hyperschallwaffen und weitreichende atomwaffentragende Unterwasserdrohnen entwickelt. Die Investitionsvorhaben der USA für die Modernisierung ihrer atomaren Trägersysteme sind jedoch drei bis viermal größer und beziffern sich auf 1.200 Milliarden Dollar bei einer Laufzeit von 30 Jahren“, so Lühr Henken, dessen Vortrag durchaus als Nachschlagewerk in Sachen Aufrüstung dienen kann (s. u.), nebenbei aber auch eine fundierte Abrechnung des NATO-Krieges in Afghanistan lieferte.

Im zweiten Hauptreferat der Friedenskonferenz konnte sich Frau *Prof. Dr. Gabriele Krone-Schmalz* – gestützt auf die „rüstungstechnischen Ausführungen“ ihres Vorredners – ganz dem historischen und politischen Narrativ des Westens von der „russischen Bedrohung“ widmen und es tatsächlich auch widerlegen. Die Grenzschiebungen der NATO in den eurasischen Raum hinein, der auch lange vor den 70 Jahren der UdSSR schon von Russland geprägt gewesen ist, kennzeichnete sie – gemeinsam mit dem von ihr zitierten US-amerikanischen Historiker und Diplomaten George F. Kennan – als „riesigen Fehler des Westens“, der die Rückkehr des Kalten Krieges, ja eine „Eiszeit“ in den Beziehungen zwischen Russland und dem Westen zur Folge hatte. Das geostrategische Hauptziel der USA, ein Bündnis von Deutschland resp. Europa und Russland zu verhindern, wurde – gestützt auf das „wiederbelebte alte Feindbild“ – erneut erreicht. Was in Deutschland gegenwärtig fehle, seien „informative Debatten“ über die deutschen und die russischen Interessen, die durchaus in Einklang zu bringen seien, wenn man nicht nur das westliche, sondern auch das russische Narrativ zur Kenntnis nehme. Die „diplomatischen Leistungen Russlands“ in den aktuellen Konflikten dieser Welt müssten anerkannt werden, und entgegen der „Blockadehaltung einer kleinen Minderheit von EU-Ländern“ sei eine „EU-Russland-Konferenz“ dringend erforderlich, um zu einer neuen Entspannungspolitik und damit auch zu weltweiter Abrüstung zu kommen. Aus den Workshops:

- Klimaschutz und Abrüstung – gemeinsame Ziele, getrennte Wege? mit *Luca Samlidis* (FFf), *Anne Rieger* (BAF), *Charly Braun* (ver.di OV Heidekreis) und *Christoph von Lieven* (Greenpeace);
- Vor 80 Jahren: Der Überfall der deutschen Wehrmacht auf die Sowjetunion mit *Hannes Heer* (Wehrmachtsausstellung) und *Willi van Ooyen* (Friedens- und Zukunftswerkstatt e. V.);
- Deutsche Rüstungsexporte und internationale Krisen und Konflikte mit *Carlo Tombola* und *Stefano Odoardi* (Weapon Watch Italien), *Monika Koops* und *Lars Stubbe* (ver.di HH);

- Atomwaffenfreie Welt versus nukleare Teilhabe mit *Reiner Braun* (IPB) und *Daniel Becker/Oehler* (IPPNW)

wurden gute, z. T. sehr konkrete Arbeitsergebnisse und Vorschläge berichtet, wie das friedenspolitische Engagement von ver.di gestärkt und erweitert werden könne und was Kolleginnen und Kollegen in ihren Fachbereichen und Gremien im Einzelnen dafür tun können. Für ver.di-Mitglieder sind diese und auch die meisten Vorträge in ihrem Mitgliedernetz „Meine ver.di“ unter Workspaces ver.di-Friedenskonferenz 2021 (verdi.de) zu finden. Kolleg:innen, die keinen Zugang zu diesem Netzwerk haben, können die vorhandenen Konferenzmaterialien auch direkt beim Arbeitskreis Frieden des ver.di-Landesbezirks Hamburg (Reinhard.Schwandt@gmx.de) anfordern.

Christof Ostheimer

„Migration weltweit: Linke Strategien, migrantische Akteur:innen und kapitalistische Interessen vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart“

56. Tagung der ITH-International Conference of Labour and Social History in Linz, 23. bis 25. September 2021

Im Jahr 2020 musste die 56. ITH-Konferenz (Internationale Tagung der Historiker:innen der Arbeiter- und anderer sozialer Bewegungen) wegen der Einschränkungen durch die Corona-Pandemie abgesagt und auf 2021 verlegt werden. Sie wurde nun von einem vergrößerten Unterstützer:innenkreis getragen: Neben der Arbeiterkammer Oberösterreich, der Arbeiterkammer Wien, der Friedrich-Ebert-Stiftung sowie der Rosa-Luxemburg-Stiftung und der Stadt Linz kamen 2021 noch die Österreichische Gesellschaft für Politische Bildung und das Karl-Renner-Institut Wien der SPÖ hinzu. Thema der Konferenz: „Migration weltweit: Linke Strategien, migrantische Akteur:innen und kapitalistische Interessen vom 16. Jahrhundert bis zur Gegenwart“. Zur neuen hybriden Konferenzpraxis zählte auch, dass von den 63 angemeldeten Teilnehmerinnen und Teilnehmern 19 online partizipierten und die Hälfte der Vorträge online präsentiert wurde.

Bei der der Tagung vorangehenden Generalversammlung der ITH gab deren Präsidentin *Prof. Dr. Susan Zimmermann* einen kurzen Rückblick auf die vergangenen zwei Jahre. Generalsekretär *Dr. Rolf Bauer* erklärte zur finanziellen Lage, dass diese trotz der Corona-Krise besser sei als zu befürchten war. Vorhaben wie die Vervollständigung der gesamten Beiträge auf den ITH-Konferenzen seit 1964 als Onlinedokumentation sollen abgeschlossen werden. Die beiden nächsten Konferenzen befinden sich in der Planung. Zur Konferenzeröffnung begrüßte die ITH-Präsidentin neben den Teilnehmenden seitens des gastgebenden Jägermayrthofs und der Arbeiterkammer Oberösterreich *Gerhard Gstöttner-Hofer*, der die politische Aktualität des Konferenzthemas hervorhob und klare Worte gegen die rechtspopulistische Scharfmacherei und Instrumentalisierung der Migration fand.

Prof. Dr. Mahua Sarkar (Toronto) hielt den Grundsatzvortrag mit dem Titel „Outsourcing der Arbeiterklasse: Gastarbeit in turbulenten Zeiten neu denken“ (übers.). Mit Zahlen und Fakten über den hegemonialen Anteil von Gast-, Vertrags- und Saisonarbeit z. B. in Singapur, Malaysia, Katar oder Saudi-Arabien verdeutlichte sie die Bedeutung von prekärer, risikoreicher und unterbezahlter Arbeit in modernen Volkswirtschaften rund um den Globus. Von Corona waren gerade diese Arbeiterinnen- und Arbeitergruppen besonders hart betroffen. Laut der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) waren von 272 Millionen Migrantinnen und Migranten 2019 rund 62 Prozent aus Erwerbsgründen migriert, 20 Prozent davon (2012/13) transkontinental. Neben diesen beeindruckenden Zahlen und Fakten blieb allerdings der Blick auf mögliche Lösungs- oder zumindest Gegenstrategien etwas unsortiert, eine marxistische Perspektive formulierte in der Schlussdebatte vor allem *Marcel van der Linden* (Amsterdam). Der zweite Konferenztage gliederte sich in vier Panels. In einem einleitenden Roundtablegespräch diskutierten *Rainer Bauböck* (Florenz/Wien) und *Christof Parnreiter* (Hamburg) über „Solidarität?! Migration und die Arbeiter:innenbewegung“. Das zweite Panel befasste sich mit „Gewerkschaften und Migration“. *Lucas Poy* (Buenos Aires) und *Johan Svanberg* (Stockholm) gaben einen Überblick über die Positionierungen der II. Internationale 1904/1907 zur Migration bzw. zur Haltung der internationalen Gewerkschaftsbewegung zur Personenfreizügigkeit im Prozess der europäischen Integration. *Veronika Helfert* (Wien) und *Nina Trige Andersen* (Kopenhagen) entfalteten ihre Untersuchungen über Fallbeispiele gewerkschaftlicher Auseinandersetzungen in Österreich in den 1960er und 1970er Jahren und zur Organisation philippinischer Zimmermädchen in Kopenhagen. Vorwiegend Fallstudien präsentierten auch das dritte und vierte Panel „Die Beziehungen zwischen Migration, Politik, Kapital und anderen Akteur:innen I & II“. Vor allem der Beitrag von *Cecilia Bruzelius* (Tübingen) regte durch eine systematische Betrachtung der Langzeitpolitiken von Italien und Polen zur Emigration und Remigration an.

Der Sonnabend begann mit einem Panel zu den Handlungsmöglichkeiten der migrantischen Arbeiterinnen und Arbeiter. *Beate Althammer* (HU Berlin) stellte am Beispiel der Polen in Preußen und im Detailvergleich dazu in der Rheinprovinz die unterschiedlichen staatlichen Handlungsmuster innerhalb eines Staates dar. *Cihan Özpınar* (Portland/Oregon) stellte sein Projekt der Untersuchung der Bildung einer muslimisch geprägten neuen prekären Arbeiterklassenfraktion im Frankreich der letzten 50 Jahre vor. Obwohl die meisten Betroffenen – überwiegend Nordafrikaner – längst die französische Staatsbürgerschaft besaßen, gerieten vor allem sie unter den Druck von Wirtschaftskrise und Rechtsentwicklung. So entwickelten sie ihre eigenen Identitätsvorstellungen, die nicht mehr auf der Klasse beruhten, sondern auf kulturellen und/oder religiösen Selbstzuschreibungen.

Um Vertretungsmacht ging es auch im letzten Panel, in dem *Loredana Panariti* (Ljubljana), *Selda Altan* (Virginia) und *Aliki Baxevanoglou* (Athen) Fallstudien über Italien und Slowenien, China und Griechenland präsentierten. Dort wurde eine restriktive Entwicklung eingeleitet, die in Italien sogar von den Gewerkschaften mitgetragen wurde, wohingegen in Slowenien die Diskriminierung der ehemals in Jugoslawien mit den Slowenen gemeinsam lebenden Bosniern institutio-

nalisiert wurde. In Griechenland lässt sich über den vielfach dominierenden informellen Wirtschaftssektor feststellen, dass zunächst nach dem Zusammenbruch des Sozialismus albanische Arbeitskräfte in die Bau- oder Landwirtschaft einrückten und Griechen ersetzten. Während sich die Griechen nun in anderen Wirtschaftsbereichen bewegten, die ebenfalls vielfach mit Familienbeschäftigung informell ausgestattet wurden, gelang es vielen Albanerinnen und Albanern, mithilfe ihrer familiären oder lokalen Netzwerke eigene Existenzen aufzubauen und im sozialen Gefüge aufzusteigen. Im unteren Segment prekärer Beschäftigung, hauptsächlich als Tagelöhnerinnen und Tagelöhner, arbeiten seit ca. 2002 vor allem Migranten aus Pakistan, Afghanistan, Tamilen aus Sri Lanka etc., die in Arbeits- und Lebensverhältnissen leben, die schon der Sklaverei ähnliche Züge tragen. Die Referentin bezifferte den Anteil der Tagelöhnerie auf 96,1 Prozent! Versuche der Linksparteien in Griechenland, hiergegen vorzugehen, scheiterten an der Beteiligung der griechischen Bevölkerung an diesen unmenschlichen Zuständen. So wird Ausbeutung immer weiter durchgereicht und ohne eigene Handlungsmacht verfestigt. Den chinesischen „Kulis“ hingegen gelang es bereits kurz nach 1900, durch Zusammenschluss und Kampf für Forderungen nach Verbesserungen ihrer Arbeits- und Lebensbedingungen die Kolonialmächte zu Zugeständnissen zu zwingen. Sie schufen ihre eigenen Netzwerke und übernahmen die materiellen und sozialen Forderungen ihrer Genossinnen und Genossen aus anderen Regionen des kolonial ausgebeuteten China/Indochina: „Wissen ist Verhandlungsmacht“. Ihre Kämpfe galten später der KP Chinas als wegbereitend für die Entstehung einer klassenbewussten Arbeiterklasse in China auf dem Weg zur späteren Volksrepublik. *Dirk Hoerder* (Wien) fasste in einer Schlussrunde die Diskussionen und Ergebnisse zusammen und kündigte deren Veröffentlichung in einem Sammelband an, womit die zeitweise unterbrochene Tradition wieder aufgenommen wird. Insgesamt geht es zumindest um ein globales soziales Sicherheitssystem. Entscheidend aber werden die Kampfaktionen der Betroffenen und die Solidarität der Gewerkschaften sein: Was wäre, wenn alle migrantischen Arbeitskräfte auf dem Land, in der Pflege etc. zur gleichen Zeit für einen Tag streikten?

Holger Czitrich-Stahl

Wettlauf mit dem Klimawandel – in knapp 25 Jahren zur postfossilen Mobilität?

Veranstaltung der VDW – Vereinigung deutscher Wissenschaftler, der ASPO – Association for the Study of Peak Oil and Gas, und des IASS Potsdam – Institut für transformative Nachhaltigkeitsforschung, Berlin, 26. Oktober 2021

Bis 2045 soll das Verkehrssystem nachhaltig, nicht mehr klimazerstörend sein. Ist das möglich und wie muss das aussehen? Dazu diskutierten eine Reihe kompetenter, bekannter Fachleute, insbesondere Ingenieur- und Naturwissenschaftler. Die Vorträge und Diskussionen waren weit gespannt: Von speziellen Betrachtungen

des Straßenschwerlastverkehrs oder des Schiffsverkehrs über die Position der IG Metall zur Antriebswende bis hin zur Einordnung der Mobilitätswende in die Erfordernisse des Klimaschutzes.¹

Dabei wurde der gesellschaftliche Konsens des nötigen Umbaus zum Elektroantrieb konstatiert, gleichzeitig aber befürchtet, dass über diesen Antriebswende-Konsens die viel weiter gehende Mobilitätswende, weg vom massenhaften motorisierten Individualverkehr, aus den Augen verloren wird. Dabei ist eine umfassende Mobilitätswende lediglich die Folge der Verpflichtungen zum Klimaschutz, die die deutsche Politik eingegangen ist, etwa die SDG-Nachhaltigkeitsziele der UNO, das Paris-Übereinkommen, das kürzliche Urteil des Bundesverfassungsgerichtes, in dem die Pariser Beschlüsse in den Rang eines Menschenrechts gehoben wurden.

Auch die tiefe soziale Ungleichheit, die aus der heutigen Mobilitätsstruktur resultiert (die Belastungen durch Abgase, Straßenlärm, Verkehrsfinanzierung usw. tragen tendenziell andere Leute als diejenigen, die den Nutzen daraus ziehen), fordert eine umfassende Mobilitätswende. Beginnen muss sie mit Subventionsabbau, Internalisierung externer Kosten, Stopp des Fernstraßenbaus, Temporegulierungen, Rückbau der Dienstwagenprivilegien usw.

Bei aller Liebe zu Detailfragen der verfügbaren Techniken (etwa Batterie- versus Wasserstoffantrieb für den Schwerlastverkehr) stieß die Diskussion der Wissenschaftler immer wieder auf die Punkte:

- Wir haben seit der Rio-Konferenz vor 29 Jahren schon viel zu viel Zeit vertrödeln mit Nichthandeln, sind den Kippunkten schon viel zu nahe gekommen, so dass der Handlungsdruck heute ungeheuer groß ist. Möglicherweise sind wir schon zu spät dran.

- Wenn überall erneuerbarer Strom, und Wasserstoff aus erneuerbarem Strom, eingesetzt werden soll: Gibt es genügend Materialien und Metalle, um solche Mengen Strom zu erzeugen? Führt die unbegrenzte Energiebereitstellung nicht womöglich zu einer noch größeren und noch problematischeren Ausbeutung der Erde an endlichen Rohstoffen?

- Angesichts der Tatsache, dass die Weltbevölkerung auf 10 Milliarden steigen wird, und wenn wir den armen Ländern das Konsummuster der reichen Länder nicht verwehren wollen, sollte genau dieses Konsummuster hinterfragt werden: Müssen wir immer noch mehr fliegen und fahren, immer noch mehr Waren transportieren?

Franz Garnreiter

Forum New Economy

Neunter „New Paradigm“-Workshop, Berlin, 27. Oktober 2021

Die via Zoom durchgeführte Konferenz stand ganz im Sinne der momentan vieldiskutierten Frage nach einem Paradigmenwechsel in Wirtschaftswissen-

¹ Zum Programm sh. <https://vdw-ev.de/portfolio/wettbewerb-mit-dem-klimawandel/?portfolioCats=310>.

schaft und -politik. Paradigmenwechsel meint in diesem Zusammenhang einen fundamentalen Wandel von Grundannahmen, Methoden und Handlungsanweisungen in Theorie und Praxis. Das 2019 gegründete „Forum for a New Economy“ (Berlin) lud dazu bekannte Forscher:innen und Expert:innen ein, die einen Tag lang ihre Ansichten und den aktuellen Forschungsstand zu sechs übergeordneten Themenblöcken präsentierten und diskutierten.

Im ersten Veranstaltungsblock gab es drei Kurzvorträge mit Diskussion zu Fragen nach der neuen Rolle des Staates, einer modernen Klimapolitik und einem neuen Paradigma in der Fiskalpolitik. Die neue Rolle des „unternehmerischen“ Staates müsse laut *Rainer Kattel* (IIPP) missionsorientiert sein und die generelle Richtung vorgeben. *Tom Krebs* (Forum New Economy) betonte die wichtige Rolle von grünen öffentlichen Infrastrukturinvestitionen nicht nur für den Klimaschutz, sondern auch für die Schaffung guter Arbeit und als Vorreiterrolle. *Catherine Mathieu* (OFCE) gab eine Übersicht zur laufenden Debatte über Sinn und Gestaltung von Fiskalregeln. Aktuelle Fiskalregeln wie etwa aus dem Maastrichter Vertrag basierten auf zufällig gewählten Schuldengrenzen. Die Diskussion über die Ausgestaltung neuer Regelungen reiche von der quantitativen Ausweitung der aktuellen Schuldenkriterien bis hin zu deren Ersetzung durch qualitative Vorgaben. Ein Konsens auf EU-Ebene über die Umgestaltung der Maastricht-Kriterien sei derzeit aber unwahrscheinlich.

Schließlich stellte *Stormy-Annika Mildner* (Aspen Institut) den Cornwall Konsens vor, der als eine Alternative zum marktradikalen Washingtoner Konsens formuliert wurde. Der Cornwall Konsens ist das Ergebnis einer länderübergreifenden Expert:innenkommission, die von den G7 zum Thema wirtschaftliche Resilienz einberufen wurde. Statt Konkurrenz sollen Solidarität und Kooperation im Zentrum stehen, besseres Risikomanagement, nachhaltigere und sichere Warenketten, eine bessere und regel- und wertebasierte Form der Regierung und mehr Inklusion.

Der zweite Themenblock befasste sich mit der Gestaltung eines neuen Paradigmas. *Diane Coyle* (Universität Cambridge) kritisierte die Auswirkungen fehlender Diversität in der Wirtschaftswissenschaft. *Michael Jacobs* (ECU und Sheffield Universität) veranschaulichte, wie ein neues Paradigma in Abgrenzung zum „alten“ Washingtoner Konsens aussehen könne. Weitere Diskussionsbeiträge legten u.a. nahe, dass ein Grund für das Aufkommen eines neuen Paradigmas das sichtbare Scheitern von bisherigen Glaubenssätzen, wie etwa des „Trickle Down Effekts“ sei. Die Frage sei nicht, ob, sondern wie Wandel passiere, eher evolutionär oder disruptiv. Viele der angesprochenen Probleme wie wachsende Ungleichheit, die veränderte Rolle von Geld- und Fiskalpolitik oder fehlende Diversität fänden zunehmend Eingang in die Mainstream-Wirtschaftswissenschaft.

Anschließend wurde das Thema Ungleichheit aufgegriffen und u.a. anhand der Fragestellungen von Handlungsmöglichkeiten, der Auswirkung von Finanzialisierung auf Ungleichheit und deren Rolle im Aufstieg von Populismus diskutiert. *Charlotte Bartels* (Universität Harvard, DIW/SOEP) betonte die notwen-

dige Differenzierung zwischen Einkommens-, Vermögens- und Konsumungleichheit. In Deutschland sei Konsumungleichheit gesunken, Einkommensungleichheit und Vermögensungleichheit hingegen gestiegen, wobei letztere eindeutig am größten sei. Besonders Einkommen aus Immobilieneigentum spielten eine wichtige Rolle.

Ein weiteres Panel fragte nach Narrativen für ein neues Paradigma. *Thomas Fricke* (Forum New Economy) suchte in den Bundestagswahlprogrammen nach Stichworten, die sich eher dem alten bzw. einem neuen Paradigma zuordnen lassen. Weitere Beiträge befassten sich mit Narrativer Ökonomik, der Evolution von Narrativen und Paradigmenwechseln, z.B. in der Klimadiskussion oder am Beispiel der wirtschaftspolitischen Debatte im Vereinigten Königreich

In der vorletzten Diskussionsrunde zur Frage nach einem neuen Gesellschaftsvertrag stellte *Minouche Shafik* (Direktorin London School of Economics) ihr neues Buch „Was wir einander schulden – Ein Gesellschaftsvertrag für das 21. Jahrhundert“ vor. Ein neuer Gesellschaftsvertrag sei vonnöten, da der alte auf Annahmen und Lebensweisen aus dem vorigen Jahrhundert basiere. Außerdem wurde von der Autorin sowie in der Diskussion u.a. mit dem DIW Vorsitzenden *Marcel Fratzscher* betont, ein moderner Sozialstaat müsse vor allem Chancengleichheit und besseres kollektives Teilen von Risiken zum Ziel haben.

Zum Abschluss referierte der US-Ökonom und Wirtschaftshistoriker *Barry Eichengreen* (Universität Berkeley) über „Bidenomics“ als mögliche Praxis eines neuen wirtschaftspolitischen Paradigmas. Er überließ es letztlich den Zuhörer:innen, ob Bidens Wirtschaftspolitik tatsächlich einen Paradigmenwechsel darstellt. Eichengreen stimmte jedoch zu, dass es einen deutlichen Wandel gegenüber Trumps Politik und den Prinzipien der sogenannten „Reagenomics“, also der marktradikalen und monetaristisch orientierten Politik der letzten Jahrzehnte, gibt. Dies machte er an drei Hauptpunkten fest. Erstens: Wie steht die neue Regierung dazu, die Wirtschaft „heiß“ laufen zu lassen, also dazu, ein gewisses Level an Inflation als Preis für größeres Wirtschaftswachstum zu akzeptieren? Zweitens: Für wie problematisch schätzt Bidens Regierung Staatsverschuldung ein? Und drittens: Soll der Staat eine expansive, auf Ausgaben und Investitionen setzende Rolle einnehmen? In der Diskussion erörterte *Sebastian Dullien* (IMK), inwiefern Bidens neue Art der Wirtschaftspolitik auf Deutschland ausstrahlen könnte. Er stellte u.a. die im Hinblick auf öffentliche Investitionen problematische Rolle der Schuldenbremse in den Vordergrund.

Der Gesamteindruck der Veranstaltung legt nahe, dass das alte Paradigma des Washington Konsens tatsächlich auf breiter Basis angeschlagen ist. Es ist jedoch noch nicht klar, wohin genau die Reise auf der Suche nach Alternativen führt. Auch wenn sie in der Lehre noch unterrepräsentiert sind, werden viele der genannten Problemstellungen zunehmend in die neoklassische Forschung und ihren Modellrahmen integriert. Inwiefern sich dies auf einen grundsätzlichen Paradigmenwechsel auswirkt, bleibt ebenfalls abzuwarten.

Katharina Schramm